



Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 15.- Mk., von auswärts 18.- Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltigen Reklamazeile 50.- Mk., von auswärts 60.- Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. - Postfach Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. - Telefon 3220.

Nr. 240

Donnerstag, den 12. Oktober 1922

13. Jahrgang

Strafantrag im Mathenaprozess.

Nach beendeter Jugendvernehmung begannen gestern die Plädoyers. Der Oberreichsanwalt stellte nach 21 stündigen Plädoyers folgende Anträge: Ernst Werner Tschow wegen Mittäterschaft Todesstrafe und dauernder Verlust der Ehrenrechte; Hans Hert Tschow als Jugendlicher wegen Beihilfe vier Jahre Gefängnis, wegen Begünstigung sechs Monate, im ganzen vier Jahre, drei Monate Gefängnis; Günther wegen Beihilfe sechs Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate, zusammen sechs Jahre drei Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; Salomon wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus; Warncke vier Jahre Zuchthaus; Niebrig fünf Jahre Zuchthaus, alle drei fünf Jahre Ehrverlust; Nemann wegen Beihilfe vier Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis, sechs Monate Zuchthaus, wegen unbefugten Waffenbesitzes sechs Monate Gefängnis, im ganzen vier Jahre, neun Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; Schütt und Dieckel wegen Beihilfe Freiheitsstrafe, wegen Begünstigung je sechs Monate Gefängnis; Steubel wegen Begünstigung und Beihilfe drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust; Tilleßen und Plaah drei Jahre Gefängnis; Voh Freiheitsstrafe.

Das Verbrechen im Mathenaprozess war die Konspiration des Zusammenhangs des Mordes mit den Organisationen, die hinter der Verschönerung zu stehen. Der Oberreichsanwalt bekannte, daß er nicht den vollen tatsächlichen Beweis für diesen Zusammenhang erbringen könne; es könne sein, daß dies noch erwiesen werde, aber das werde erst die zukünftige Untersuchung ergeben, die auch nach dem Urteile in diesem Prozeß aufrechterhalten wird. Als unumstößliche Beweise, die dafür sprechen, daß hinter den eigentlichen Tätern noch geheime Organisationen stehen, führte der Oberreichsanwalt an, daß es sich bei allen Attentaten der letzten Zeit, gegen Erzberger, Scheidemann und Mathenau, immer um dieselben Personen handelt. Die Elissen Kern, Fischer und Tschow gehören zusammen. Sie sind Glieder einer Kette, innerhalb einer großen Gruppe. Es ist ausgeschlossen, daß Kern und Fischer, die eigentlichen Mörder Mathenaus, jeder für sich mit einem gesonderten Verdopplung nach Berlin gekommen wären. Es muß schon vorher eine Verständigung erfolgt sein. Der Oberreichsanwalt erinnert an die Heinerung Kerns zu dem Garagenbesitzer Schmitt: "Verräter gehen bei uns um die Ecke." Er erinnert an Tschows Ausspruch: "Es mußte etwas geschehen, denn uns ging das Geld aus." Aber diese Merkmale haben nicht ausgereicht, um die Fäden der Verschwörung zu entwirren.

Von tiefster Wirkung auf Zuhörer und Angeklagte waren auch die Ausführungen des Oberreichsanwalts über einen Brief, den ein bekannter Schriftsteller nach der Ermordung Erzbergers von Mathenau erhalten hatte. Mathenau zählte hier die Einzelheiten der Arzelle auf, aus denen die politischen Wortspiele der Gegenwart erwachsen sind. Er schildert darin den verabschiedeten und sterbenden deutschen Mittelstand als das gefährliche Element im Organismus des deutschen Staats. Aus diesen Kreisen, die von ihren Einkünften nicht mehr leben können und in ihrer Familie ständige Erinnerungen an bessere Zeiten haben, gehen die Radikalen auf der äußersten Rechten hervor, die dann zu Taten greifen, wie sie der Krieg archaischen hat. Während der Oberreichsanwalt diese Worte Mathenaus anführte, die das Vorgehen seiner eigenen Mörder menschlich verknüpfen machten, horchten die Angeklagten wie fokiniert auf, da sie zum ersten Male einer Offenbarung des Mathenauischen Geistes gegenüberstanden.

Die kommenden Neuwahlen in England.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in England steht die innerpolitische Lage. Die der Regierung nahestehende "Daily Chronicle" brachte die Nachricht, daß Neuwahlen vor Weihnachten als unvermeidlich angesehen werden. Der politische Berichterstatter des Blattes schreibt: "Das britische Kabinett befahte sich in seiner Dienstag abgehaltenen Sitzung unter anderem auch mit der Frage der Neuwahlen. Lloyd George ist in Kampf Stimmung, die Rede, welche er am Sonntagabend in Manchester hielt, soll eine an das Land gerichtete Verteidigung der Orientpolitik sein. Chamberlain, der, wie es heißt, den Premierminister loyal unterstützt, werde sich, vermutlich am Freitag, in Birmingham mit dem Teil der Konservativen auseinandersetzen, der nach einem Bruch der Koalition strebt. Lloyd George holte im Laufe des Tages die Ansichten einiger seiner Anhänger im koalitionsliberalen Lager ein. Diese waren sämtlich für baldige Neuwahlen. Einige waren der

Meinung, daß angesichts der drohenden Revolte im konservativen Verbands Lloyd George zurücktreten sollte. Im Falle des Rücktritts des Premierministers würde natürlich Chamberlain ersucht werden, die Regierung zu bilden. Er habe jedoch Freunden gegenüber geäußert, daß er in diesem Falle dem König arraten werde, das Parlament aufzulösen. Neuwahlen seien daher in jedem Falle zu erwarten. Wahrscheinlich aber würden die unionistischen Mitglieder, wenn es soweit sei, vorziehen, Lloyd George zu unterstützen. Die Möglichkeit eines Rücktritts Lloyd Georges werde aus diesen und anderen Gründen für den Augenblick nicht ernst genommen. Der Arbeiterführer Cunniff erklärte gestern abend in einer Rede in Nelson, es liege in der Natur der Dinge, daß der jetzigen Regierung eine Arbeiterregierung folgen müsse. Die Arbeiterpartei sei die erste Partei gewesen, die dem Lande in internationalen Fragen die Wahrheit gesagt habe.

Der Korrespondent des "Journal" meldet aus London, der gestrige Ministerrat habe beschlossen, die Neuwahlen in sechs Wochen oder spätestens in zwei Monaten stattfinden zu lassen. Dieser Antrag sei von Lloyd George angenommen worden. Es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George nach den Neuwahlen demittieren werde.

Das Abkommen von Mudania.

Neuter meldet aus Mudania, daß die Mudania-Konferenz gestern früh beendet wurde. Es wurde eine befriedigende Regelung der verschiedenen strittigen Punkte erzielt. Das Abkommen wurde von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, der Türkei und Griechenlands unterzeichnet. Das Abkommen tritt in drei Tagen in Kraft. Die wichtigsten Abmachungen sind folgende:

Für die Räumung Thraziens sind zwei Zeiträume festgesetzt worden: 14 Tage für die griechischen Truppen und weitere 30 Tage für die Alliierten. Die griechische Zivilverwaltung ist so schnell wie möglich an die Alliierten und von diesen an die Türken zu übergeben. Die türkische Gendarmerie soll nur so stark bemessen werden, wie zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt erforderlich ist. Die Ueberwachung der Räumungsvorgänge erfolgt durch die interalliierten Militärmissionen, denen alliierte Truppenkontingente zur Verfügung stehen, die aber für Ostthrazien sieben Bataillone nicht überschreiten sollen.

Die türkischen Truppen haben sich aus allen neutralen Zonen zurückgezogen. Neue neutrale Zonen werden von gemischten Kommissionen festgesetzt werden. Auf der Halbinsel gegenüber Konstantinopel und auf Gallipoli wird die neutrale Zone eingeschränkt werden. Die Regierung von Angora verpflichtet sich, weder Truppen nach Thrazien zu überführen, noch dort vor Friedensschluß eine Armee zu bilden.

Jüngere Wirren Griechenlands.

Neuter berichtet aus Athen, daß General Gadjanefti, der nach dem Rücktritt des Generals Papulad zum Oberbefehlshaber ernannt worden sei, gestern abend verhaftet wurde. Weiter wird mitgeteilt, daß die früheren Minister nicht nach einer Insel geschickt werden, sondern daß sie in Athen gefangen gehalten werden sollen.

Eine Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Rückzug aus Kleinasien wird in kürzester Frist eingeleitet werden.

Nach dem der Zustand Zaimis sich gebessert hat, hat er die ihm angebotene Ministerpräsidentenschaft angenommen.

Sitzung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hielt gestern nachmittags unter dem Vorsitz Barkhous eine halbamtliche Sitzung ab, um die finanzielle Lage Deutschlands zu prüfen. Die Prüfung wird am Freitag nachmittags fortgesetzt werden.

Nach einer Havasmeldung wird die Reparationskommission heute nachmittags eine halbamtliche Sitzung

abhalten, um die durch den Sturz der Mark geschaffene Lage zu erörtern. Der neue Sturz der Mark in den letzten drei bis vier Wochen hat die Hoffnung auf Stabilisierung der Mark vernichtet. Die Reparationskommission sieht sich daher gezwungen, die neue finanzielle Lage des Deutschen Reichs noch vor der Brüsseler Konferenz in Betracht zu ziehen. Selbstverständlich wird die Frage der deutschen Finanzkontrolle aufgeworfen werden. Die nächste halbamtliche Sitzung wird sich insbesondere mit Maßnahmen beschäftigen, die stattfinden, die Kontrolle zu verstärken und sie wirksamer zu gestalten. Eine Entschließung der Kommission wird nicht vor Ende der nächsten Woche gefaßt werden.

Maßnahmen der Reichsregierung gegen den Marksturz.

Das Reichsministerium befahte sich gestern mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Sturzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit des schleunigen Erlasses von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezwecken, anerkannt und es wurde ein Hinweis beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen sowie weiterer Züchtungsmöglichkeiten für die Reichsmark erwoogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Bei der angekündigten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Devisenspekulation soll es sich, wie die Berliner Blätter wissen wollen, um eine neue Devisenordnung handeln, die darauf hin angelegt ist, daß alle Devisenankäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen, und daß keine Devisenankäufe stattfinden dürfen, die nicht zur Zahlung von Einfuhrwaren benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise erfolgen, daß von jedem Devisenkauftat nicht nur wie bisher eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine solche an die zuständige Außenhandelsstelle gestellt wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrages entscheiden soll. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strengster Strafe gestellt werden. Was die Frage wertbeständiger Schatzanweisungen betrifft, so liegt dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Zinsen von 500 Mark oder einem Mehrfachen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Goldmark auszugeben werden soll. Diese sogenannten Goldschatzscheine sollen mit einem Zinssfuß von 4 Proz. ausgestattet und am Fälligkeitstage in Papiermark zum jeweiligen Kurs der Goldmark bezahlt werden.

Nationalistisches Banditentum.

In Südtirol hat sich etwas ereignet, was tief beäunmend, aber sehr bezeichnend für unser Heilalter ist. Nationalformationen sind in Triest einbezogen, haben die Zivilverwaltung und die deutschen Schulen besetzt und die Behörden gezwungen, deutschfeindliche Forderungen anzunehmen. Triest ist durch den Frieden von St. Germain an Italien angegliedert worden. Die italienische Regierung hat die Behauptung auf, Südtirol habe der Wehrkraft nach eine italienische Bevölkerung. In einem Vertrag versprach sie, die Minderheiten in ihren Rechten zu belassen und diese Rechte wurden später offiziell festgelegt. Au der Spitze dieser Rechte steht die Freiheit der deutschen Sprache in der Rechtssprechung, Verwaltung und Schule. Es ist ein ungeheurer Mißbrauch, wenn die Nationalistorganisationen jetzt mit Waffengewalt in diese Reservate eingreifen. Die Nationalisten wenden sich damit wieder einmal der Außenpolitik zu, in der sie bereits soviel Unheil und Verwirrung angerichtet haben. Diesmal greifen sie aber in ein Gebiet ein, das das Deutsche im allgemeinen angeht. Wenn ein Nationalist behauptet, Triest sei der erste Schritt auf dem Wege nach Rom, so ist das eine rein italienische Angelegenheit. Wenn dieser Schritt aber darin besteht, in die Rechte des Deutschen einzugreifen, so ist das ein Verstoß, der in Deutschland nicht unwiderrspen bleiben darf.

Unsererwartet kommt diese Gewalttat nicht. Als feinerer zum ersten Male ein Vertreter des Südtiroler Deutschtums das Parlament in Rom beirat, mußte er die Minderheiten einziger Nationalisten über sich ergehen lassen. Diese Herren gebärden sich so, als ob der auf demokratischer Grundlage gewählte deutsche Deputierte, Italiens Südtirol nicht das Recht habe, den Boden Rom als gleichberechtigter Italiener zu betreten. Wenn dem so ist, wenn die deutsche Mehrheit

Verabschiedung der Kartoffel- und Zuckergeetze.

Unzulängliche Regelung der Kartoffelversorgung. — Nur Verbilligung für einen kleinen Teil Minderbemittelter. — Weitere öffentliche Bewirtschaftung des Zuckers. — Verzweiflungs-rabulistik des gestürzten Kommunistenhauptlings Rahn.

In der gestrigen Sitzung des Volkstages, die nach den Abmachungen des Aeltestenausschusses möglichst ohne längere Nebenverläufe sollte, um die Tagesordnung auszuarbeiten, wurden die Gesetzesvorlagen und Anträge zur Regelung der Zucker- und Kartoffelversorgung beraten. Um wenigstens die Gesetze noch in der gestrigen Sitzung vor Eintritt einer 14-tägigen Ferienpause zu verabschieden, wurden leider die übrigen Anträge auf Verbesserung der Lebensmittelversorgung abgesetzt, obwohl die Zustände besonders bei Fleisch, Wurst und Käse dringende Abhilfe erheischen. In der Frage der Kartoffelversorgung blieb es bei der bisherige Senatsvorlage, wonach nur die Kartoffelabgabe für einen kleinen Teil der Armen der Armen (bis zu 5000 Mark Einkommen im Monat September) durch staatliche Gelder verbilligt werden soll. Die Zucker- und Zuckerverordnung wird im neuen Erntejahr in gleicher Weise geregelt wie jetzt. Der bisherige Kommunistenhauptling Rahn hielt es bei Beratung dieser Vorlagen für angebracht, die Wit über seine endliche politische Kaststellung durch wüste unhaltbare Angriffe auf die sozialdemokratische Fraktion und auf die „Volksstimme“ zum Ausdruck zu bringen. Sollen wir die einzigen sein, die Herrn Rahn noch ernst nehmen? Das haben wir schon längst aufgegeben. Im übrigen erklären ihn ja jetzt selbst seine bisherigen engen Parteifreunde für einen irreführenden Demagogen, der nur aus persönlichen Geschäftszwecken und krankhaftem Ehrgeiz „Politik“ mache. Dieses Urteil zu mildern, haben wir selbst aus unserer weniger intimen Kenntnis der Dinge keine Ursache.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Präsident auf Wunsch des Aeltestenausschusses den Vorschlag, die Tagesordnung zu erweitern und nach deren Erledigung bis zum 1. November in Ferien zu gehen. Das Haus war damit einverstanden. Zunächst wurde dann der Gesetzentwurf über

Genehmigung zum Erwerb von Grundstücken verhandelt. Abg. Dr. Piening (D.P.) hatte schwere Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage, insbesondere gegen die rückwirkende Kraft und beantragte deshalb nochmalige Ausschussberatung der Gesetzesvorlage. Die Abg. Kurowski (Z.) und Philipsen (Dziall.) widersprachen diesem Antrag. Bei der Abstimmung über den Rückverweisungsantrag ergab sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses.

Nach einigen Minuten eröffnete der amtierende Präsident Dr. Tredel eine neue Volkstagsitzung. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, weil der Präsident vergessen hatte, die Tagesordnung der neuen Sitzung festzusetzen, wird die Erhöhung der Tarifhöhe im Güter- und Tierverkehr in 2. Lesung beschlossen.

Der Gesetzentwurf über den Gebrauch der polnischen Sprache bei der Rechtspflege gab dem Abg. Ruhnert (Vole) Gelegenheit, über die angebliche Vergewaltigung der polnischen Minderheit in Danzig zu reden. Für die Durchführung dieser Vorlage mühten die Deutschen in Polen büssen. (Lärm des Abg. Mau: Die Polen sind vernünftiger als Sie!) Das Gesetz wurde vom Bürgerblock in 2. Lesung unverändert angenommen.

Die Kartoffelvorlage des Senats hand ab dann zur Beratung.

Abg. Krudi (D.P.) gab den Bericht über die Verhandlungen im Wirtschaftsausschuss. Nach der Senatsvorlage sollen 25 Millionen Mark zur Verbilligung von Kartoffeln verwendet werden. Von diesen Kartoffeln sollen diejenigen drei Zentner erhalten, deren Einkommen im September 1922 3000 Mark nicht übersteigt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Gesamtsumme auf 50 Millionen Mark zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso die sozialdemokratischen Anträge, die Einkommensgrenze auf 8000 Mark zu erhöhen und statt 3, 5 Zentner zu liefern. Angenommen wurde dagegen ein Antrag der Deutschen Partei, wonach die bei der Verteilung eventuell übrig bleibenden Kartoffeln an diejenigen abgegeben werden sollen, die im September 1922 ein Einkommen bis zu 8000 Mark hatten.

Ein Menschenfreund:

Abg. Gen. Klobowski erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage des Senats zustimmen werde. Seit Anfang August habe die sozialdemokratische Fraktion Anträge eingebracht, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sicherzustellen. Wenn der Senat die Absicht gehabt hätte, der mitleidenden Bevölkerung zu helfen, hätte er längst eingegriffen müssen. Die Ablehnung der Kartoffelvorlage durch den Senat trage die Schuld an der fortgesetzten Preissteigerung für Kartoffeln. Es sei traurig, daß der Senat gegen die Preissteigerung nichts unternehme. Kennzeichnend für die Ansicht mancher Landwirte seien die Ausführungen des Amtsvorstehers Kornemann in Köstmar, der Kartoffelkäufern erklärt habe: „Für Lumpengeld verlaufe er keine Kartoffeln. Die Kartoffeln mühten auf 2000 Mark pro Zentner kommen. Für den jetzigen Preis lasse er die Kartoffeln lieber verkaufen. Der Krieg hätte noch viel zu wenig hingeschoren. Mehr als die Hälfte der Menschen mühte abgeschlachtet werden!“

Abg. v. Rudzinski erklärte, daß durch die Schuld der Deutschnationalen die Versorgung der Bevölkerung mit

Kartoffeln verzögert worden sei. Jetzt werden die Kartoffeln zurückgehalten, um im Frühjahr höhere Preise zu erzielen. Abg. Dörfler (Dziall.) versuchte die Schuld an der Verzögerung der Kartoffelversorgung auf den Vorstehenden des Wirtschaftsausschusses, den Gen. Arczynski, abzuwälzen. Der Ausschuss habe die Kartoffelversorgung nicht beraten können, weil er sich mit den Mißtrauensanträgen gegen den Vorsitzenden habe beschäftigen müssen. Die hohen Kartoffelpreise richteten sich nach den Preisen für polnische Kartoffeln. Das Steigen der polnischen Mark führe deshalb zur Steigerung der hiesigen Kartoffelpreise. Abg. Gen. Arczynski stellte fest, daß der Abg. Dörfler bewußt die Unwahrheit gesagt habe, weil die Mißtrauensanträge nicht bei der Kartoffelvorlage, sondern bei der Getreideumlage eingebracht wurden, um letztere zu sabotieren. Medner wies dann darauf hin, daß die Gesetzwürde zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung von den Linksparteien, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe, die als Vertreter proletarischer Interessen nicht bezeichnet werden könnte, eingebracht worden sind. Bei der Abstimmung über die Aufhebung der Marktpreisverordnung, habe auch der Abg. Henke (D.P.) gegen die Aufhebung gestimmt. Wahrscheinlich auf Anweisung Rahn's haben die beiden kommunistischen Vertreter in der entscheidenden Sitzung gestimmt, wodurch die Aufhebung der Marktpreisverordnung abgelehnt werden konnte.

Unhaltbare Erwähnung.

Der Abg. Rahn süßte sich durch die Ausführungen des Genossen Arczynski getroffen und gab nun seinen Zorn über die sozialdemokratische Fraktion aus. Sie betriebe Schaufelvolk und sei Steigbügelhalter des Bürgerblocks, weil sie die hiesige Methode zur Sabotierung des Parlamentarismus nicht inkarniert. Als Rahn erklärte, daß die sozialdemokratische Partei abgewirtschaftet habe, ergab er ungewollt einen starken Vetterleitserfolg, denn ein Vergleich mit der zertrümmerten kommunistischen Partei war sehr nahe liegend. Rahn versuchte die Gewerkschaftsführer gegen die übrigen Mitglieder der Fraktion auszuwählen. Die SPD strebe danach Regierungspartei zu werden. Dem Verlaß der „Danziger Volksstimme“ drohte er einen Prozeß einzuführen, weil er sich beim Druck von Flugblättern überparteihaft verhalte. Das Papier sei zu teuer berechnet worden. Zwischenrufe aus den beiden sozialdemokratischen Fraktionen steigerten den Zorn des Redners noch, der dann damit drohte, einzelne Mitglieder der SPD und der UEP bloßzustellen. Troßdem er von vielen Seiten aufgefordert wurde, seine Drohung wahr zu machen, brach er von diesem Thema ab und führte zur Vorlage aus, daß die kommunistische Fraktion sie ablehnen werde.

Abg. Mau (U.P.) erwiderte dem Vorredner, daß die Drohreden gegen die Sozialdemokratie nicht den schlechten Eindruck verflüchten könne, die die Rede Rahn's über die Aufhebung der Marktpreisverordnung bei der Arbeiterschaft gemacht habe. Medner erinnerte daran, daß Rahn in der Frage der Denkmalssteuerung und der Priestersachen Staatszweckung einen arbeitserleidlichen Standpunkt eingenommen habe. Die Loyalität Rahn's in den letzten Monaten sei nur noch pathologisch zu verstehen.

Abg. Frau Döll (R.) bestritt dem Abg. Rahn das Recht, als Vertreter der kommunistischen Fraktion aufzutreten.

Abg. Gen. Gebl konnte mit Bestimmtheit die hiesigen Anschuldigungen widerlegen. Die sozialdemokratische Fraktion habe die Gesetze über die Kartoffelverteilung eingebracht. Sie seien im Ausschuss durchgearbeitet und geprüft worden. Da die Vorlage einigen Erfolg verspricht, stimmt die sozialdemokratische Fraktion ihr zu. Deshalb kann niemand den Vorwurf der Schaufelvolk erheben. Wir haben keine Ursache den Parlamentarismus herabwürdigen zu lassen. Gegen die Verabschiedung des Landwirtschaftskammergesetzes hat die sozialdemokratische Fraktion Opposition gemacht, weil die Gesetze über das Arbeitsrecht noch nicht vorgelegt waren. In dem Gesetzentwurf gegen die Preissteigerung hat die sozialdemokratische Fraktion eingehend Stellung genommen. Der Gesetzentwurf hat keinen Einfluss auf die Preisgestaltung des Preisloos der „Volksstimme“ und des Konsumvereins. Dem vor Rahn angebrachten Prozeß sehen wir mit Ruhe entgegen und sind neugierig, wie er seine Klage darbringen wird. Für dem Antrag lasse die „Danziger Volksstimme“ 75 fennig, die „Danziger Neuesten Nachrichten“ 80 fennig, heute lasse die „Volksstimme“ 90 Mark, die „Danziger Neuesten Nachrichten“ 100 Mark. Von Bucher kann also keine Rede sein. Eine Verteilung der sozialdemokratischen Partei an der Regierung unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen ist ausgeschlossen. Wir hoffen aber, daß die sozialdemokratische Politik bei den Neuwahlen zu Mehrheitsverhältnissen führt, die die Teilnahme der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung ermöglichen.

Die Vorlage des Senats wurde schließlich mit großer Mehrheit in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die weitere Entlastung der Gerichte stellte der Abg. Piening (D.P.) den Antrag, die Zuständigkeit des Amtsgerichts nicht auf Werturteile bis zu 2000 Mark auszuweiten, sondern nur, wie im Deutschen Reich, bis zu 10000 Mark. Die ständige Vertretung des Gerichtspräsidenten beantragte, der Medner zu antworten. Der erste Antrag wurde abgelehnt, der zweite dagegen bei Stimmengleichheit angenommen. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes wurden unverändert angenommen. In der nachfolgenden dritten Beratung wurde das Haus bei der Abstimmung über einen deutschnationalen Antrag, der Wiederherstellung des abgeänderten § 1 in der Aufschlüsselung forderte, beschluß-

nahmig. Der Präsident vertagte deshalb die Sitzung auf fünf Minuten.

Nach der Tagesordnung der neuen Sitzung standen zwei Beschlüsse von weittragender Bedeutung. Die Vorlage des Wirtschaftsausschusses, die die

Aufhebung der Marktpreisverordnung an abgelehnt, wurde auf einstimmigen Beschluß des Volkstages noch einmal an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Die Zuckerversorgung des H. Landes

führte dann zu einer längeren A. Sprache. Die sozialdemokratische Steuerungsaktion hat den Senat veranlaßt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach ein Fünftel der Zuckerernte des Freistaates zu einem Preis von 15 Mark beschlagnahmt wird. Der Rest des Zuckers wird freigegeben. Der Abg. Dörfler (Dziall.) sprach sich entschieden gegen die Vorlage aus, die Abnehmer werde dadurch vernichtet. Senator Jemelowski vertat dagegen den Standpunkt, daß die Landwirtschaft die Belohnung durch das vorliegende Gesetz sehr gut tragen könne. Der polnische Abg. v. Rudzinski stellte fest, daß trotz der Beschlagnahme eines Teiles der Ernte der Durchschnittserlös der Landwirtschaft für 1 Quadrat Zuder immerhin noch 80 Mark betrage. Das Gesetz wurde in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Das Haus vertagte sich dann bis zum 2. November.

Bucherfragen in der Verbräucherkammer.

In der gestrigen Sitzung der Verbräucherkammer kamen zunächst die wucherischen Preisfestsetzungen zur Besprechung. Daß die Geldentwertung bei den Preisfestsetzungen berücksichtigt werde, billigte man. Unberechnung oder sei der Maßstab der schwankenden Salats für Inlandswaren. Die Geldentwertung wird gemessen an der Teuerungszahl. Viel höher ist die Salatszahl, dazu auch auf und nieder schwankend. Daß vielfach die Preise für Inlandswaren täglich und stündlich mit dem Dollarkurs steigen und fallen, meistens aber nur steigen, betrachte man als großen Unfug und Wucher. Dagegen sollten die Wucherer einschreiten.

Weiter wurde bedauert, daß der Aufhebung der Marktpreisverordnung im Volkstage Schwierigkeiten gemacht worden sind. Die Kartoffelvorlage hielt man für zu hoch. Ein Preis von 20 bis 30 Pfl. für den Zentner frei Haus wäre ausreichend. Es wird aber erheblich darüber hinaus gegangen. Aus dieser Preisgestaltung zeige sich, daß die Verhältnisse für eine freie Preisbildung noch nicht vorhanden sind. Die Festsetzung eines Höchstpreises, der die Geldentwertung berücksichtigt und den berechtigten Ansprüchen der Erzeuger gerecht wird, wäre zu empfehlen. Auch die Aufhebung einer Umlage zu einem angemessenen Preise wäre empfehlenswert gewesen. Schließlich vertat man die Meinung, daß mit Einführung der vom Bürgerbunde erwogenen Danziger Währung alle diese Fragen gelöst sein würden.

Berechnete Preisberechnung. Die fortgesetzte Geldentwertung führt zu Maßnahmen und Kurierungen, um sich dieser Entwicklung möglichst selbstständig anzupassen. Im Nachhinein sind 2. D. jetzt Grundpreise eingeführt worden, die mit der jeweiligen Teuerungszahl verknüpft den Verkaufspreis darstellen. Die Grundpreise der Bücher entsprechen den Vorkriegspreisen. Die Teuerungszahl wird aus den Zahlen der amtlichen Statistik entnommen. Ungebillig bestimmt nach jeder Verlag selbständig die Teuerungszahl, die zwischen 60 und 120 schwankt. Es ist aber in Aussicht genommen, eine allgemeine gültige Teuerungszahl anzunehmen, die von Leipzig aus bestimmt werden soll. Dieses Verfahren hat binnen einigen Wochen Eingang gefunden und bewährt sich für den Verkäufer gut. Man vermeidet dadurch das fortgesetzte Umschreiben. Die Bücher werden nur einmal mit dem Grundpreis ausgeschrieben, und der Verkäufer multipliziert diesen Preis mit der jeweils bestimmten Teuerungszahl. Unberechtigt bringt dieses Verfahren etwas Befreiung in die Preisbestimmung im Einzelhandel, die jetzt weit mehr aber miteinander wirksam oder nach dem Gefühl erfolgt.

Erst jetzt in Danzig verhaftet wurde der Justizoberreferendar v. Glinski, der im Sommer nach Untertreibung der diesigen Gerichtskasse flüchtig geworden war und vor einigen Tagen nach einer Weile in Karlsruhe festgenommen sein sollte. Diese Weile hat sich als ununterbrochen herausgestellt, jedoch gelang es, ihn bei seiner Rückkehr auf dem hiesigen Hauptbahnhof festzunehmen. Er gibt an, daß er sich freiwillig stellen wollte. Die Untersuchungen werden von ihm eingeleitet. Danach hat er nach und nach über 1/2 Millionen Mark bei der Danziger Gerichtskasse unterschlagen und das Geld im russischen Spielhaus verspielt. Der Fall ist nun so schwerwiegend, daß O. Glinski verhaftet ist und jetzt unter Arrest steht. Außerdem hatte seine Frau Vermögensgegenstände, und mobilhabende Verwandte haben ihm ebenfalls noch zur Seite.

Unfälle im Hafen sind in den letzten Tagen mehrfach vorgekommen. So wurde der Dampfer „Friedrich“ auf Reusfahrwasser, Kleine Straße 7, an Bord des großen hiesigen Dampfers „Moskau“ im Ostkanal durch einen Sturm in den leeren Schiffraum schwer verlegt. Der Dampfer „Sonder“ aus Odra lag ebenfalls infolge eines Unfalls an Bord des Dampfers „Rosita“ im Ostkanal ein schweres Wrack. Die Arbeiter der Klamm trug bei Ausbesserungsarbeiten im Schuppen Schweißarbeiten davon und mußte in das Städtische Krankenhaus überführt werden.

Nach die Arbeitslosen mit Wirkung vom 15. Oktober 1922 vorbehaltlich der Genehmigung der Ausschussbehörde eine weitere Erhöhung der Tarifhöhe im Verbräucher-, Güter- und Tierverkehr vornehmen.

Am Erwerbslosenunterstützung sind in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Odra und Gmünd 11.007,75 RM. an 54 Personen und in der Woche vom 1. bis 7. Oktober 9196,10 RM. an 58 Personen.

Volkswirtschaftliches.

Die rationelle Verwertung von Fischabfällen wird jetzt die Fabrik Wodensee durch Entbindung der Eingeweide und Trocknung der Rückstände betreiben. Zunächst soll ein dem Lebertran ähnliches Fett, welches der Ernährung der Kinder dient, gewonnen werden. Außerdem wird ein technisches Öl und ein für die Seifenfabrikation geeignetes Fett gewonnen. Die getrockneten und gemahlene Rückstände, welche, da sie etwa 21 Prozent Protein und 22 Prozent Fett enthalten, ein Kraftfutter darstellen, werden als Fischfutter zur Fischzucht kleiner Heilfische verwandt.

Die französische Handelsbeziehung. Die polnisch-französische Handelszeitung „Journal de Pologne“ beschäftigt sich in einem Vortragsartikel mit den französisch-polnischen Handelsbeziehungen und bemerkt, dass Frankreich nach Polen wenig ausführen könne, obgleich gerade die Exporte für die Entwicklung der französischen Produktion und des Exports von außerordentlicher Bedeutung wären. Zwar wären die Einfuhrverbote für französische Waren aufgehoben, doch läme in Wirklichkeit der hohe Zoll einem Einfuhrverbot gleich. Ein Ainen gutes Parfüm, das in Frankreich mit weniger als 30 Franken bezahlt wurde, konnte in Polen nicht unter 20000 Mark verkauft werden, und das sei noch schmerzhaft. Französische Fabriken hätten sich dadurch zu wehren, Fabrikanlagen in Polen einzurichten, um dem Zoll zu entgehen. Dem „Journal de Pologne“ zufolge sind diese Gründungen von Ostola begleitet gewesen. Wenn diese Gründungen nicht aufhören würden, so meinte das Blatt, hätten deutsche Erzeugnisse die französischen vom polnischen Markt vertrieben.

Die polnische Handelsflotte besteht jetzt aus 7 Schiffen von je 100 Bruttoregistertonnen und darüber. Es handelt sich um folgende Schiffe: Frachtdampfer Hannoni (3802 Bruttoregistertonnen), Motorschiff Swow (1275 Bruttoregistertonnen), Frachtdampfer Wawel (1000 Bruttoregistertonnen), Frachtdampfer Polonia (950 Bruttoregistertonnen), Frachtdampfer Wisla (684 Bruttoregistertonnen), Frachtdampfer Kaszuba (150 Bruttoregistertonnen) und Motorschoner Magolina (127 Bruttoregistertonnen), zusammen 7374 Bruttoregistertonnen.

Russische Pachtung des Nevaler Hafens. Der rätensische Zentralkonjunktions (Einkaufsgesellschaft der russischen Genossenschaften) hat mit der estländischen Regierung einen Vertrag über Pachtung eines Teils des Hafens von Neval abgeschlossen. Der Inhalt des außerordentlich wichtigen Vertrags, dem dem gesamten Ostseehandel ein großer Nutzen sein wird, lautet dahin, daß der Zentralkonjunktions auf dem gepachteten Gebiet im Nevaler Hafen eigene Gebäude mit Niederlagen

errichtet, die die Arbeit der Exportindustrie haben werden. Der Vertrag ist vorläufig auf 12 Jahre abgeschlossen.

Steigerung der russischen Erdölproduktion. In Ungarn wurden Zeitungsnachrichten in die Welt gesetzt, daß die russischen Petroleumquellen in Persien nahe vor ihrem Verfall wären. Das ist ohne Zweifel eine gute Nachricht. Persien war vor dem Kriege der bedeutendste Petroleumproduktionsplatz der alten Welt. Die russische Erdölgewinnung, die noch im Jahre 1919 laut Ausbeute brachte als sämtliche Petroleumländer der Welt, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika, zusammengenommen, nämlich über 9 Millionen Tonnen, ist während des Krieges bis auf 8,7 Millionen im Jahre 1917 gesunken. Unter der Herrschaft der Bolschewiken sank die Petroleumproduktion rapid bis auf 2,8 Millionen Tonnen im Jahre 1922. Im Juli dieses Jahres sind allein in Persien 0,81 Millionen Tonnen Rohöl gewonnen worden, oder auf das Jahr berechnet, fast soviel wie im Vorjahre in ganz Rußland. Man wird also bestimmt mit einer aufsteigenden Rate der russischen Erdölgewinnung zu rechnen haben. Der Zusammenbruch der russischen Erdölindustrie ist zu einem Teil auf die Unterbrechung des geordneten Außenhandels und die schlechte Transportlage zurückzuführen. In Persien sind die Petroleumquellen bis oben angefüllt. Wenn der Eisenbahn- und Schiffsverkehr wieder in Ordnung sind, ist mit einer automatischen Erhöhung der Erdölproduktion zu rechnen.

Kleine Nachrichten.

Parbeiterkreis im Wuppertal. In Oberfeld, Remscheid, Venners und Solingen sind die Parbeiter in den Ausstand getreten, nachdem die Arbeitgeber den vom Bezirksrat in einem Schiedsgericht festgesetzten Stundenlohn von 115 Mk. abgelehnt hatten.

Vollständig niedergebrannt sind gestern nacht die Papierfabriken und Sägewerke Almensnäs in Schweden. Der Schaden wird auf anderthalb Millionen Kronen geschätzt.

Russisch-englischer Schiffsverkehr. Der „Ekononimicheskaja Zhenitsj“ zufolge stellte die russisch-englische Dampfschiffahrtsgesellschaft zwischen Newcastle und Archangel ein regelmäßigen Schiffsverkehr her, welcher von großen Dampfern ausgeführt werden soll.

Zurückkauf des abgelieferten Meleodods. Das große Schwimmdock der Hamburger Werft Blohm u. Ross, in welchem die Meleodampfer „Imperator“, „Vaterland“ und

„Blomard“ gebaut wurden, mußte bekanntlich an die Entente abgeliefert werden. Die Entente hat die Docks dann auch kriegsgefangen, doch hatte man von der Ueberlieferung des Docks nach England bisher Abstand genommen, weil man in England anstehend keinen so großen Wert auf seinen Besitz legte. Anstatt hat nun die Entente von Blohm u. Ross ihr früheres Eigentum — wie verlautet — für die Summe von 115 Millionen Mark zurückgekauft.

Ein Kulturgürtel um Berlin. In einer Besprechung von Vertretern der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmersverbände mit dem Oberbürgermeister von Berlin wurde die Forderung der deutschen Lebensmittelherstellung durch Ueberwindung der Ostländererei und Moore und die Schaffung von Kulturgürteln um die Großstädte behandelt. Die Vertreter der Spitzenverbände erklärten sich einmütig bereit, die Finanzierung der Melioration von Moor und Ostländererei unter weitgehender Beteiligung des Reiches zu betreiben.

Mineralwasser in der Arim. Von einer wissenschaftlichen Expedition sind im Kreise Perwomaisk, Gouvernement Odessa, große Lagerungen von Braunit und Manganerz aufgefunden worden. Mit der Ausbeute der Lagerungen ist bereits begonnen worden. Der Porzellantrüffel machte eine Bestellung auf 10000 Pud Kaolin, das ebenfalls dort gefunden wurde.



Wasserstandsberichte am 12. Oktober 1922.

Ort	10. 10.	11. 10.	12. 10.	Änderung
Jawischoff	+2,42	+2,41	+2,41	+0,00
Warschau	+2,72	+2,83	+2,83	+0,11
Plock	+2,12	+2,06	+2,06	-0,06
Thorn	+2,67	+2,62	+2,62	-0,05
Jordon	+2,62	+2,52	+2,52	-0,10
Calm	+2,59	+2,51	+2,51	-0,08
Brandenburg	+2,70	+2,68	+2,68	-0,02
Kurzbrack	+2,91	+2,91	+2,91	+0,00
Montauespize	+2,50	+2,78	+2,78	+0,28
Pieckel	+2,67	+2,98	+2,98	+0,31
Düschau	+2,80	+3,17	+3,17	+0,37
Einlage	+2,44	+2,68	+2,68	+0,24
Schlewenhorst	+2,46	+2,46	+2,46	+0,00
Rogatz				
Schönbau O. P.	+6,36	+6,40	+6,40	+0,04
Balgenberg O. P.	+4,60	+4,60	+4,60	+0,00
Neuhorsterbusch	+2,06	+2,02	+2,02	-0,04
Winnach				

Verantwortlich für Politik Ernst Voops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Jooke, Danzig. Druck von T. West u. Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Hauseigentümer und deren Stellvertreter werden aufgefordert, die in den nächsten Tagen, hauptsächlich am 13. d. Ms., zur Verteilung gelangenden Vorbrüche zur

Aufnahme des Personenstandes
am 15. Oktober d. Js.

bezüglich der Listen A auszufüllen, die Listen B durch die Mieter auszufüllen zu lassen und gesammelt vom

17. Oktober d. Js., mittags ab 12 Uhr zur Abholung bereit zu halten.

Die Zurtragung und Abholung erfolgt durch Polizeiamte. Diese werden nur einmal zur Empfangnahme der ausgefüllten Listen erscheinen.

Sollten die Listen in der Zeit vom 17. bis 20. Oktober d. Js. nicht abgeholt werden, so sind die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet, sie am

21. Oktober d. Js.

an das Steueramt 1, Promenade 9 (frühere Kriegsschule), Keller, Zimmer 15 einzufenden.

Die Unterlassung der Abgabe der Hauslisten, sowie ihre unvollständige Ausfüllung ist im § 74 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bis zu 3000 Mk. bedroht.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes sind die Hauseigentümer und deren Stellvertreter verpflichtet, für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen in den Listen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hauseigentümern und die Arbeiter, Dienstboten, und Gewerbegehilfen den Haushaltungsvorständen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Zuwiderhandlungen sind in § 74 des Einkommensteuergesetzes ebenfalls mit Strafe bis zu 3000.— Mark bedroht. (7548)

Danzig, den 11. Oktober 1922.

Steueramt 1.

Vandanaufenthalt!

Rückkehr der Kinder aus dem Greife:

Rosenberg

Freitag, den 13. Oktober, nachmittags 7 Uhr.

Dr. Krone

Sonabend, den 14. Oktober, nachmittags 8 Uhr 20.

Jugendamt.

Gedania-Theater

Schüsselbamm 53/55

Achtung! Nur bis Montag!

Der große Spielplan!

EDDIE POLO in

„Seepiraten“

VI Episode. „Erkämpftes Glück“ 6 Akte.

„Der Fall Paliser“

in der Hauptrolle: Pauline Frederick.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper

Heute, Donnerstag, den 12. Okt., abds. 8¹/₂ Uhr: Dauerkarten D 1.

Lohengrin

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Szenische Leitung: Oberregisseur Julius Brilchke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Freitag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr: Dauer-

karten E 1. „Andine“. Romantische Oper.

Sonnabend, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Dauer-

karten A 2. „Ermähigte Schauspielerei. „Des Meeres und der Liebe Wellen.“ Trauerspiel

Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 11 Uhr: Zweite

(literarische) Morgenfeier (anlässlich der deutsch-

kundlichen Woche): Eberhard Adnig „Aus

eigenen Werken.“

Sonntag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr: Dauer-

karten haben keine Gültigkeit. „Die lustige

Witwe“. Operette.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7¹/₂ Uhr:

Gastspiel

Otto Reutter

der deutsche Meisterhumorist.

Captain Frohns fünf

dressierte Seelöwen

und das große

Attraktions-Programm

LIBELLE:

Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett

anschließend Wein-Kabarett.

Vorverkauf 10—1 Uhr Gebr. Freymann.

Deutscher Schulverein Danzig.

Freitag, den 13. Oktober, 8 Uhr abends, Aula

der Oberrealschule St. Petri, Hanjaplag.

Vortrag

von Studiendirektor Dr. v. Moist-Elding:

„Die deutschen Schulen im abgetretenen Gebiete.“

Lehrlinge

in größerer Anzahl

werden per sofort bei hohem Lohn für unsere

Bernsteinwarenfabrik gesucht. Alter möglichst

14—15 Jahre. (7529)

Gompelsohn & Co.,

Frauentgasse 3, 1 Treppe.

Teilzahlung

Große Auswahl in

Herren-, Jünglings- u. Knaben-

Anzügen und Hosen

zu bekannten billigen

Preisen

Gutes Futter

7514

SWIN'S Konfektions-
Haus

Winter-
Joppen, Raglans
und schwarze Paletots

nur 21 Häkergasse 21

Bitte auf Namen u. Hausnummer zu achten.

mit bequemer An- und
Abzahlung!

Kartoffelschalen

pro Zentner 100 Mark kauft

Dahlmann, (7543)

Langfuhr, Hauptstraße 105.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind

billig und erfolgreich.

Meine Herren

Anzüge,

Raglans,

Schlüpfer,

Hosen

sind noch fabelhaft billig.

Kommen Sie sofort! Teilzahlung gestattet!

Bekleidungshaus „London“

nur 2. Damm 10.

Dienleher

sucht für den Winter

Ofenfabrik (7540)

B. Kroschinski,

Poggenpuhl 59.

Brunnenbauer

(auch Anfänger) u. andere

im Brunnenbau tät. gew.

Arbeiter und Handwerker

steht ein (7533)

Stuttli,

Elbing, Trafostr. 41—43.

Für meine Eisenhandlung

wird (7541)

ein Rutscher

für dauernde Beschäftigung

gesucht.

H. Broh, Stelldamm 2.

Lehrling

für Kolonialwarengeschäft

gesucht. Ang. u. E. 902 a. b.

Exp. d. Volksstimme. (7537)

Junges Mädchen

tagsüber für einen 5jähr.

Knaben u. etwas Haus-

arbeit gesucht. (7538)

Paradiesgasse 14, 2 Tr.

Maschinenschreiber

auch auf poln. Markt.

Tag- und Abendkurse

Otto Sieda, Neugarten 11, 1

Ein 4-rädriger

Handwagen

(20 Ztr. Tragf.) zu verk.

Schäde, (7539)

Burggrabenstraße 8a.

Volkspflege,

Bemerkenswertlich-Gesell-

schaftliche Versicherungs-

aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —

Kein Polteckenverfall.

Günstige Tarife für

Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureaus

der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 35.

4 Worte

Arbin

der gute Schulputz

Hersteller:

Urbin-Werke, Chemische

Fabrik G. m. b. H., Danzig,

am Troyl. (7521)

Weißes Holz-

Rinderbettgestell

zu verkaufen. Herrmann,

Rammbau 47. (7531)

Jünger-Paletot

und altes Jackett

zu verkaufen. Hiesig, G.

2 Tr. rechts, Hof. (7532)

Anzüge,

Raglans,

Paletots,

Cutaways,

gestr. Hosen

verkauft billig! (7542)

B. Schwarz,

3. Damm 13, 2 Treppen.

Eisernes Bettgestell

zu kaufen gesucht. Angeb.

unt. G 897 an die Exped.

der Volksstimme. (7533)

1 Satz Betten

gut erhalten z. kaufen gel.

Offert. m. Preis u. G 898

a. b. Exped. d. Volksst. (7534)